

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 72 (1992)
Heft: 4

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

Think-tanks für die Marktwirtschaft – Werkstätten einer freien Gesellschaft

Think-tanks haben Hochkonjunktur. Das kürzlich erschienene Buch von James Smith «*The Idea Brokers*» erfasst über 1000 private Think-tanks, davon etwa 100 allein in Washington. Die Bezeichnung könnte man vielleicht mit «Denkwerkstatt» oder «Ideenatelier» übersetzen; aber da der *think-tank* primär ein angelsächsisches Phänomen ist, ist es vertretbar, den Ausdruck als *terminus technicus* zu verwenden. Es gibt verschiedene Arten von *think-tanks*. Ein Typ versteht sich als Forschungsinstitut, das von der Regierung oder – was besonders in Japan der Fall ist – von Grossunternehmen Aufträge erhält, zu bestimmten aktuellen praktischen Problemen Lösungsvorschläge zu erarbeiten. (Beispiele sind *National Security Council*, *Center for Strategic and International Studies*, *Urban Institute* in Washington, *Mitsubishi Research Institute*.) Ein anderer Typ hat als – allerdings inoffizielles – Ziel, bei der Regierung «*lobbying*» zu betreiben, und zwar im Dienste bestimmter Interessenverbände, z. B. von Arbeitgeberverbänden oder Gewerkschaften. Einen dritten Typ stellen Institute dar, die im Dienste einer politischen Partei stehen und gegebenenfalls auch von ihr finanziert werden (Beispiel: *The Progressive Policy Institute*, eine Gründung des *Democratic Leadership Council* in der USA). Die sogenannten Parteistiftungen in der Bundesrepublik sind ein Sonderfall: sie werden vom Steuerzahler finanziert, dürfen keine Wahlhilfe leisten, sind aber mit einer bestimmten politischen Partei eng «verbunden».

Hier soll nur eine Art von *think-tank* behandelt werden, nämlich *Institute*, die sich der freien Gesellschaft und somit auch der marktwirtschaftlichen Ordnung verpflichtet fühlen. Ein Musterbeispiel ist das Londoner *Institute of Economic Affairs*. Der Ausdruck «*think-tank*» soll im folgenden im Sinn einer Kurzformel für «marktwirtschaftlich orientierte think-tanks» verwendet werden. Der «*free-market think-tank*» hat seinen Ursprung in der angelsächsischen Welt, wo auch der klassische Liberalismus entstanden ist. Institutionen mit dieser Zielsetzung sind aber inzwischen weltweit ins Leben gerufen worden.

Was bezweckt ein marktwirtschaftlich orientierter think-tank?

Ein *think-tank* ist ein Bildungs- und Forschungsinstitut, das versucht, das öffentliche Denken und damit auch die wirtschaftspolitische Entwicklung zu beeinflussen. In einer Demokratie ist eine «Wende» nur möglich, wenn das Meinungsklima für sie günstig geworden ist. Keynes meinte bekanntlich, Ideen spielen dabei die entscheidende Rolle. Ob aber Ideen, Argumente und Wissen einflussreich werden und, wenn ja, in welcher Form und in welchem Tempo, hängt wesentlich von Interessen, geschichtlichen Zufällen und Persönlichkeiten ab. Ein *think-tank* übernimmt dabei eine Katalysator-Funktion.

Sein Ziel ist es, ein Meinungsklima zu schaffen, in dem Parteipolitik den lang-

fristigen Interessen einer freien Gesellschaft besser dienen kann, als dies zur Zeit der Fall ist, in dem eine Redimensionierung der Staatstätigkeit und damit auch Massnahmen, die vorher von Politikern als «politisch unmöglich» abgetan wurden, möglich werden. Anstelle der Leerformel *«Mehr Demokratie wagen»* setzt er die Parole *«Mehr Markt und Freiheit, und weniger Staat; Selbstbestimmung anstelle von Mitbestimmung; Selbstverantwortung und die Prinzipien des Wettbewerbs und der Subsidiarität ernst nehmen.»*

Das Mittel zu diesem Ziel ist Aufklärung, insbesondere Aufklärung über die Folgen verschiedener institutioneller Einrichtungen für Wohlstand und Freiheit. Der *think-tank* stellt also eine Art öffentliches Gut her, das langfristig allen zugute kommen kann. Zu den konkreten Vorhaben, mit denen ein *think-tank* seine Öffentlichkeitsarbeit durchführt, gehören Publikationen von Pamphleten (insbesondere Veröffentlichungen von Klassikern und modernen Klassikern der freien Marktwirtschaft für Studenten zu verbilligten Preisen), Symposien und Kongresse, Preisausschreiben für einschlägige Arbeiten (z. B. in Wirtschaftsjournalistik und Rechtswissenschaften), Förderung begabter Studenten und ähnliches mehr.

Die Adressaten dieser Aufklärung sind Eliten, welche die öffentliche Meinung beeinflussen: Leute aus den sogenannten Kulturberufen, aus Medien und Wirtschaft, Lehrer, Studenten, Kirchenvertreter usf. Ein *think-tank* wendet sich nicht direkt an Politiker, die in der Regel mehr am Konsens, als an der geistigen Auseinandersetzung interessiert sind. *«Conviction politicians»* (wie *Erhard* und *Thatcher*) sind die seltenen Ausnahmen, und in unserer Form der Demo-

kratie sind auch sie von der jeweiligen öffentlichen Meinung abhängig. Da Politiker davon leben, gewählt oder wiedergewählt zu werden, ist es für sie oft rational, Dinge zu tun, von denen sie wissen, dass sie mittel- oder langfristig gesamtwirtschaftlich gesehen schädlich sein werden. Daher werden sie sich Ideen und Argumente nur dann zu eigen machen, wenn sich das für sie politisch lohnt.

Was kann ein think-tank nützen?

Erstens: Indem er aufzeigt, welche Massnahmen und welche institutionellen Vorkehrungen Wohlstand und Freiheit fördern und welche schädlich sind, bestärkt er die bereits «Überzeugten» in ihrer (richtigen) Auffassung. Außerdem hilft er den weniger gut informierten Verbündeten (Journalisten, Leuten aus Wirtschaft und Industrie und auch gewissen Politikern), ihre Argumente für die marktwirtschaftliche Lösung aktueller Probleme auf sorgfältig geprüfte Theorien zu stützen.

Zweitens: Er versucht, die bisher von anderer Seite Indoctrinierten aufzuklären, d. h. dem weitverbreiteten Unwissen über die Marktwirtschaft abzuhelfen und der Angst vor ihr entgegenzuwirken.

Bisher waren *think-tanks* bei der ersten Aufgabe erfolgreicher als bei der zweiten. Diese ist jedoch enorm wichtig, in Anbetracht der offensichtlichen Ignoranz über die Marktwirtschaft und der *«Anmassung des Unwissens»* (*H. Willgerodt*), die etwa zum Ausdruck kommt, wenn Bischöfe in Hirtenbriefen für Marktwirtschaft weniger Verständnis zeigen als jede Hausfrau.

Grundregeln und Wirkungsweise

In erster Linie muss er eine intellektuelle Reputation aufbauen. Dazu sind Analysen der aktuellen Probleme konsequent durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob die Schlussfolgerungen populär sind und ob die sich aus ihnen ergebenden Empfehlungen denjenigen Politikern, die zu den potentiellen Verbündeten gehören, als wahltaktisch gefährlich erscheinen. Dann muss er seine Resultate so darstellen, dass sie für den Fachwissenschaftler interessant und gleichzeitig für das gebildete Publikum verständlich sind. Schliesslich muss er seine Glaubwürdigkeit und Integrität bewahren, indem er unabhängig bleibt. Deshalb darf er keine Steuergelder beanspruchen und finanzielle Unterstützung nur dann annehmen, wenn sie ohne Auflagen gegeben wird¹. Und er darf sich von Parteipolitik nicht beeinflussen lassen.

Das Londoner IEA als Modell

Seit dem Ende der siebziger Jahre hat in der öffentlichen Meinung eine Klimaveränderung begonnen. Milton Friedman sprach – vermutlich zu optimistisch – vom Verebben der «*Fabian tide*» (dem «sozialdemokratischen Zeitalter») und dem Beginn der «*Hayekian tide*», einer Wiederbelebung des ordnungspolitischen Denkens und des Vertrauens in den Marktmechanismus zur Lösung von Problemen in Staat und Industrie. Die Vorzeigbeispiele dieser Klimaveränderung sind die sogenannte «*Thatcher Revolution*» von 1979 und der Beginn der *Reaganomics* 1980. Mrs. Thatcher erklärte 1987, anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung des Londoner *Institute of Economic Affairs (IEA)*, ohne die

Aufklärungsarbeit des IEA wäre weder die Wende, die das Land von der sprichwörtlich gewordenen «*englischen Krankheit*» (Stagflation) befreite, noch der Erfolg ihrer Politik möglich gewesen. Friedrich von Hayek bezeichnete das IEA als «*den wichtigsten Meinungsbildner in England*». Ohne Zweifel hat die Aufklärungsarbeit des IEA für die Wende in Grossbritannien eine wichtige Rolle gespielt².

Das Londoner *Institute of Economic Affairs* wird von vielen, der freien Gesellschaft verpflichteten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern als Urtypus des marktwirtschaftlich orientierten *think-tanks* angesehen. Es begann seine Arbeit 1957. Heute sind über 40 Institute in über 20 Ländern nach seinem Vorbild aufgebaut. Manche, wie z.B. das *Fraser Institute* in Vancouver, Kanada, haben seine Programmdeklaration fast wörtlich übernommen. Einige der amerikanischen Institute, die bereits vor 1950 bestanden, haben unter dem Eindruck des «*Deutschen Wirtschaftswunders*» und den späteren «*Wirtschaftswundern*» in Japan, Korea, Hong Kong, Singapur und Taiwan den *IEA-approach* adaptiert. Selbstverständlich unterscheiden sich auch die dem IEA-Vorbild folgenden Institute je nach den lokalen Gegebenheiten, d.h. nach dem Zugang zu intellektuellen «*Entrepreneuren*» und zu Finanzierungsquellen.

Das von Sir Antony Fisher auf Rat von F. A. von Hayek gegründete IEA³ hat bisher über 700 Publikationen herausgebracht, die vor allem aktuelle wirtschaftspolitische Probleme behandeln, und dabei mit über 1000 Akademikern, Leuten aus der Industrie, aus den Medien und aus dem Bildungswesen zusammengearbeitet⁴. 1970 gründete Sir Anthony Fisher auch die *Atlas Economic Research Foundation* in San Francis-

co – mit Filialen in verschiedenen Ländern. Ihre Aufgabe ist es, neugegründeten marktwirtschaftlichen *think-tanks* in aller Welt behilflich zu sein.

Think-tanks in den USA

In den frühen neunziger Jahren sind die beiden grössten *think-tanks* die *Hoover Institution* in Stanford CA⁵ und die *Heritage Foundation* in Washington DC gegründet worden. Allerdings haben sie verschiedene Ziele; bei der Hoover Institution hauptsächlich Forschung, bei der Heritage Foundation vor allem Aufklärung. Einige der prominentesten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler, darunter einige Nobelpreisträger, sind mit diesen Instituten verbunden. Die beiden genannten Institute haben – in aller Unabhängigkeit – auch Verbindungen zu Politikern (meist Republikanern) hergestellt. Das *Hoover-Institut* besonders aufgrund der langjährigen Beziehungen Präsident *Reagans* zu Politikern in Kalifornien, und *Heritage* kürzlich zu hochrangigen Republikanern in der Regierung – obgleich das Institut der Innenpolitik der Regierung *Bush* zunehmend kritisch gegenübersteht. *The American Enterprise Institute* in Washington, eines der ältesten, wird als die Republikanische Partei «in exile» betrachtet. Diejenigen Institute, die enge Beziehungen zu politischen Parteien pflegen, haben mehr Einfluss, wenn ihre Partei die Regierung stellt. Institute, die auf Distanz zu politischen Parteien überhaupt bedacht sind, können naturgemäß Einfluss auf Politiker verschiedener Richtungen haben.

Kleinere *US-think-tanks* (einige von ihnen mit privaten Universitäten kooperierend) veröffentlichen Arbeiten von höchster intellektueller Qualität und be-

handeln ein breites Spektrum von Themen: *The Cato Institute* (Washington), *The Reason Foundation*, *The International Center for Economic Growth*, *The Independent Institute* (sämtliche in Kalifornien); *The National Center for Policy Analysis* in Texas, das *New Yorker Manhattan Institute* und viele andere. Einige der kleineren Institute sind mehr spezialisiert: *The Political Economy Research Center* und die *Foundation for Research in Economics and the Environment* in Montana konzentrieren sich auf marktähnliche Mechanismen zur Lösung von Umweltproblemen. *The Institute for Energy Research* und das *Center for Research in Free Enterprise* in Texas, das *Competitive Enterprise Institute* in Washington und einige andere zeigen ihren Forschungsschwerpunkt bereits in ihrem Namen an. Einige Institute wählen als Kennzeichnung den Namen einer Persönlichkeit, wie z. B. das *Ludwig von Mises Institute* in Burlington, CA, oder die neue *Locke Society* in Virginia.

Eine besondere Art von *think-tank* ist das *Institute for Humane Studies (IHS)*, assoziiert mit der (privaten) *George Mason University* in Virginia. Es fungiert als «Trainingscenter» für vielversprechende, junge marktwirtschaftlich orientierte Akademiker. Es hilft ihnen auf verschiedene Weise, durch finanzielle Unterstützung sowie durch Beratung bei Forschungsvorhaben, Veröffentlichungen und Universitätlaufbahnen. Sein Ableger, das *IHS-Europe*, bietet «*Europe & Liberty Seminars*» in verschiedenen europäischen Ländern an, zu denen auch Studenten aus Ostmitteleuropa eingeladen werden und zur Teilnahme Stipendien erhalten. Das *Law and Economic Center* an derselben Universität hat in Seminaren und Kursen über 600 Bundesrichter und Juraprofessoren zu einem besseren Verständnis

des Wirtschaftslebens – von «*law and economics*» – verholfen und dadurch dem schleichen den Sozialismus vieler juristischer Fakultäten entgegengewirkt. In ähnlicher Weise wendet sich das *Center for Research in Free Enterprise* an der (privaten) *Texas A&M University* in Seminaren und Kursen vorwiegend an Lehrer, um ihnen Verständnis für die Marktwirtschaft zu vermitteln.

Der *Liberty Fund* (Indianapolis) verstärkt die Arbeit von freiheitlich orientierten *think-tanks* in aller Welt, indem er Seminare und Symposien fördert und Nachdrucke von Texten des klassischen Liberalismus (in seiner traditionellen und modernen Form) als preisgünstige Studienausgaben herausbringt.

Think-tanks in Grossbritannien und im Commonwealth

In Grossbritannien haben sich nach dem Muster des IEA einige Institute entwickelt, so z. B. das *David Hume Institute*, das *Adam Smith Institute* (bekannt für «praktische Vorschläge» zu politischen Massnahmen); das *Centre for Policy Studies* (1975 von Sir Keith Joseph, dem «Ideologen» der Conservative Party, und von Mrs. Thatcher gegründet) – es gilt als halboffizieller *think-tank* der Konservativen Partei. Die kürzlich gegründete *Margaret Thatcher Foundation* bewahrt prinzipielle Unabhängigkeit von politischen Parteien; sie hat zum Ziel, die Forschung marktwirtschaftlich orientierter *think-tanks*, die Veröffentlichung ihrer Resultate und die öffentliche Diskussion ihrer Analysen und Schlussfolgerungen zu fördern. 1983 entstand in London das *Centre for Research into Communist Economies* (als Ableger der IEA). In Zusammenarbeit mit diesem Centre

wurde ein anglo-russischer *think-tank* in Moskau gegründet, das *International Centre for Research into Economic Transformation (ICRET)*. Seit 1989 sind in Ostmitteleuropa mehrere *think-tanks* entstanden, die sich den Problemen des Übergangs von Planwirtschaft zur Marktwirtschaft widmen, z. B. das *Liberaální Institut in Prag*.

Innerhalb des Commonwealth sind ähnliche *think-tanks* entstanden. Das *Centre for Independent Studies* in Sydney hat bedeutenden intellektuellen und politischen Einfluss in Australien. Es hat ein Schwesterninstitut in Neuseeland, das *Tasman Institute*. Die *Free Market Foundation* in Johannesburg argumentiert, dass eine freie marktwirtschaftliche Ordnung (die an sich «farbenblind» ist) für die Entwicklung des Landes wichtiger ist, als alle anderen institutionellen Reformen.

Think-tanks in Lateinamerika

In Lateinamerika entstand in den letzten Jahren eine Anzahl von Organisationen – in den neunziger Jahren wird ihre Zahl sicher zunehmen –, die, oft mit Unterstützung von amerikanischen und auch von europäischen Wirtschaftswissenschaftlern, ein besseres Verständnis der freien, privaten Marktwirtschaft vermitteln, indem sie die Übersetzungen klassischer Arbeiten von Mises, Hayek, Friedman, Buchanan und anderen dem klassischen Liberalismus verpflichteten Wissenschaftlern veröffentlichen – in manchen Fällen auch Originalexte. Wichtig sind vor allem die *Escuela Superior de Economía y Administración de Empresas (ESEADE)*, gegründet 1978, und die *LID Fundación Libertad y Democracia*, beide in Buenos Aires; die *Fundación Republica* und das

Centro de Estudios Sobre la Libertad in Brasilien u.a.m. In Peru *Ama-Ghi* und das *Instituto Libertad*. (Dessen Präsident *Hernando de Soto* hat übrigens in einer berühmt gewordenen Studie gezeigt, dass der freie Markt, selbst dann, wenn er von staatlichen Überregulierungen in den Untergrund gezwungen und als «Schwarzmarkt» verteufelt wird, eine grosse Produktivität entwickeln kann.) Weitere Institute sind beispielsweise in Chile, Guatemala und Mexiko gegründet worden.

Think-tanks in Kontinentaleuropa

Die kontinentaleuropäischen *think-tanks* haben eine sehr viel bescheidener finanzielle Ausstattung als die *think-tanks* der angelsächsischen Welt. Dennoch leisten sie oft wertvolle Arbeit: z. B., um einige zu nennen, das *Centro di Ricerca e Documentazione «Luigi Einaudi»* in Turin, das *Institut de l'Entreprise* in Paris, *l'Institut Europeen des Etudes Humaines* in Paris und in Aix-en-Provence. In Deutschland ist das *Institut für Weltwirtschaft* in Kiel⁶, das *Frankfurter Institut für Wirtschaftspolitische Forschung* in Bad Homburg und das *Walter Eucken Institut* in Feiburg zu erwähnen, in der Schweiz das kleine, aber aktive *Liberale Institut* in Zürich. Das *Carl Menger Institut* in Wien ist nach dem Begründer der Österreichischen Schule der Nationalökonomie benannt (in den USA heute unter der Bezeichnung «Austrian Economics» bekannt). In Skandinavien gibt es einige Institute, welche die freie Marktwirtschaft propagieren – sogar im Wohlfahrtsstaat par excellence, in Schweden, z. B. das *TIMBRO Institut* in Stockholm. Für Spanien ist die *Cámara de Comercio e Industria* (Madrid) und das *Fomento del Trabajo Nacional* (Barcelona) zu erwähnen.

Das Gespenst eines künstlich ex ante «harmonisierten» Post-1992-Europa, eines europäischen Superstaates und des damit verbundenen Dirigismus, hat zur Gründung einiger Institute und Vereinigungen geführt, die sich insbesondere der Aufklärung über Chancen und Gefahren der künftigen Entwicklung der EG widmen: Zu nennen sind unter anderen: *The Bruges Group* in London (dessen Präsident *Lord Harris* und dessen Ehrenpräsidentin seit 1990 *Margaret Thatcher* ist), das *Institut Euro 92* in Paris sowie *Aleps: Association pour la Liberté Economique et le Progrès Social* in Paris.

Grosser Nachholbedarf

Deutschland, das Land, in dem ordnungspolitisches Denken eine grosse Tradition hat, bewegt sich seit der Mitte der sechziger Jahre in Richtung Korporativismus. Für diese These gibt es Belege bei F. v. Hayek, Milton Friedman, Herbert Giersch und manchen anderen berühmten Wirtschaftswissenschaftlern. Die öffentliche Meinung wird u. a. beeinflusst vom Links-Eklektizismus der staatsmonopolistischen elektronischen Medien, vieler Feuilletonredaktionen, der Gewerkschaften und der Kirchen. Für diese Behauptung gibt es Belege, z. B. bei Soziologen wie *Erwin Scheuch*, bei Juristen wie *Martin Kriele* und bei vielen anderen Beobachtern. Es gibt Sozialisten in allen Parteien. Die «Stimmung» ist weitgehend «links», sicher weiter «links», als sie zur Zeit nach der grossen Ernüchterung mit dem unbezahlbar gewordenen Wohlfahrtsstaat in Schweden ist⁷. Die Bonner Konsenspolitiker werden diese Stimmung des verkappten Sozialismus folgen, so lange sie herrscht.

In dieser Situation könnten gut ausgestattete *think-tanks* eine überaus heilsame Wirkung haben. Gewiss hat das *Kieler Institut* unter der Leitung von Herbert Giersch neben hervorragender Forschung auch wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet; ebenso die *ASU, Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer* in Bonn. Das *Frankfurter Institut* versendet sehr informative Mitteilungen in Form von Faltprospekten im Umfang von einigen Seiten und kleinere Broschüren; das *Walter Eucken Institut* veranstaltet Symposien (die oft, wie z. B. das Hayek-Symposium, hauptsächlich vom *Liberty Fund* finanziert werden). Aber es gibt in Deutschland keinen *think-tank*, dessen finanzielle Ausstattung es ermöglichen würde, eine Breitenwirkung zu erzielen, die auch nur derjenigen der kleinen *US think-tanks* (wie z. B. des *Cato Institute* mit einem Jahresetat von über 1 Mio Dollar) vergleichbar wäre. Die grossen *think-tanks* arbeiten mit einem Jahresetat zwischen 10 und 18 Mio. Dollar.

Was im deutschen Sprachraum fehlt, sind *think-tanks* mit genügend Ressourcen, um Texte und Analysen aktueller Probleme sowie preisgünstige Ausgaben von Beiträgen zum klassischen Liberalismus für Studenten und andere Interessierte herauszugeben; Symposien und Kongresse zu veranstalten, die dem Unwissen über die freie Marktwirtschaft abhelfen und ihrer Verunglimpfung in den elektronischen Medien als «Ellbogengesellschaft» durch Aufklärung entgegenwirken; um Studenten, die an relevanten Problemen arbeiten, zu fördern usf. Solche *think-tanks* sollten auch Seminare veranstalten für spezielle Gruppen, unter denen es potentielle Verbündete gibt – wie etwa die Seminare für Juristen des *Law and Economic Center* in Virginia oder die Semi-

nare und Kurse für Lehrer und Medienleute, die andere *US think-tanks* regelmäßig veranstalten. Ein neuer *think-tank* sollte selbstverständlich weltweit mit anderen *think-tanks* zusammenarbeiten. Möglich wäre eine Neugründung oder auch der Ausbau eines vorhandenen Instituts. Um glaubwürdig zu sein, muss die Unabhängigkeit gewahrt werden, was durch Diversifizierung der Finanzquellen gewährleistet werden kann. Das Londoner *Institute of Economic Affairs* wird von mehr als 350 Trägern finanziert, welche jeweils im Durchschnitt 0,3 Prozent des Etats bei steuern. Selbstverständlich gibt es auch Sponsoren, die allein ein Institut tragen, ohne auf dessen intellektuelle Arbeit Einfluss zu nehmen; nur ist es dann schwieriger, den Vorwurf einer Beeinflussung zu entkräften. Das praktische Problem reduziert sich darauf, einen oder mehrere «fund raiser» zu finden, die einem *think-tank* eine finanzielle Basis verschaffen, die derjenigen der bekannten Institute vergleichbar ist. Ein gut ausgestatteter *think-tank* hätte keine Schwierigkeiten, hochkarätige Wissenschaftler zur intellektuellen Mitarbeit zu gewinnen. Denn vielen liegt daran, der Gefahr, die für das Post-1992-Europa im dirigistischen Konstruktivismus eines Sozialisten wie *Jacques Delors* besteht, entgegenzuwirken und sich dafür einzusetzen, dass die Chancen für eine europäische Konföderation freier Staaten und ein weltoffenes Wirtschaftsgebiet genutzt werden.

Gerard Radnitzky

¹ Steuergelder darf er deswegen nicht annehmen, weil er ja prinzipiell für eine Reduktion der Staatsausgaben und der Steuern eintritt, und sich daher den Vorwurf eines «tu quoque» (Du selbst bist nicht besser) einhandeln würde, wenn er das täte. – ² Die Wende in Westdeutschland von 1948 bedurfte frei-

lich nicht der Vorarbeit eines *think-tanks*. Sie basierte auf den wegleitenden Ideen der Ordo-Liberalen und konnte von Ludwig Erhard ohne demokratische und bürokratische Fesseln realisiert werden. Sie ist zur Hauptsache das Werk eines grossen Mannes mit unglaublicher politischer Standfestigkeit, was heute viel zu wenig gewürdigt wird. –³ Fisher war von Hayeks Buch *The Road to Serfdom* (1944) beeindruckt. Die Hauptthese des Buches war, dass Nationalsozialismus und der internationale Sozialismus derselben Familie angehören, sowie die Schädlichkeit jeder Art von Sozialismus. Das Buch wurde bald ein Bestseller. Es inspirierte Orwell zu seinem Bestseller *1984*; Churchill basierte eine Wahlrede darauf (was sich als wahltaktischer Fehler herausstellte, denn die Zeit war nicht reif). Eine pikante Nebenbemerkung illustriert die damalige Stimmung: Die deutsche Übersetzung des Buches, die bereits 1944 in der Schweiz erschienen war, war noch mehrere Jahre nach dem Krieg auch in den Westzonen Deutschlands von den Alliierten verboten worden, mit der Begründung, das Buch kön-

ne den guten Beziehungen zur Sowjetunion schaden . . . –⁴ Arthur Seldons Buch *Capitalism* (1990) ist in gewisser Hinsicht eine Zusammenfassung der Resultate der Arbeiten des IEA. Seldon ist einer der beiden Gründer-Präsidenten des IEA; vgl. dazu z.B. *Wirtschaftswoche* Nr. 41 vom 5. 10. 1990, S. 95. –⁵ Die Hoover Institution ist assoziiert – in einem eher kühlen Verhältnis – mit der privaten, aber links-infiltrierten Stanford-University. –⁶ Professor Herbert Giersch, der ehemalige Präsident des Kieler Instituts, hat anlässlich der Entgegennahme des «Paolo Baffi» International Prize for Economics 1989 die Aufgaben eines an der Verbreitung von Wissen über die freie Marktwirtschaft interessierten Wissenschaftlers überzeugend dargelegt in seiner Festrede «On Being a Public Economist» – allerdings mehr vom Standpunkt eines Einzelkämpfers als von dem eines *think-tanks*. –⁷ Eigentümlicherweise scheint das «öffentliche Bewusstsein» in Deutschland den Kollaps des «Schwedischen Modells» noch gar nicht richtig zur Kenntnis genommen zu haben.

Kriegsursachenforschung – Leistungen und Defizite

So schnell fast wie sich das östliche Europa dem Zugriff des Sowjetkommunismus entzog, so kurz währte die Euphorie über das Ende des Kalten Krieges. Nicht zuletzt kriegerische Ereignisse trugen zur Ernüchterung und Enttäuschung bei, welche die Aufbruchsstimmung abgelöst haben. Der Anfang 1991 entfachte «Wüstensturm» begrub dabei zunächst die Hoffnung, dass nach dem Ausgleich zwischen Ost und West ein Krieg grösseren Ausmasses nicht mehr möglich sei. Und wer den Feldzug gegen den Irak und die Schlachterien in Liberia, Äthiopien und Sri Lanka vielleicht noch mit dem Schauern des aussen-

stehenden Beobachters zur Kenntnis nahm, musste sich spätestens im Sommer 1991 Gedanken über das Zusammenleben in Europa machen. Der Zusammenbruch des jugoslawischen Vielvölkerstaates brachte den Krieg vor die Haustür der westlichen Wohlstandsgesellschaft. Gleichzeitig bedeutete das blutige Ringen zwischen Serben und Kroaten auch das Ende für den Anspruch, dass auf unserem Kontinent militärische Auseinandersetzungen praktisch ausgeschlossen seien.

Die traurige Aktualität des Themas Krieg liess viele ratlos – die Friedensbewegung, die fast verstummte, wie auch

Militärplaner, die sich für ganz andere Szenarien vorbereitet hatten. Die anhaltende Konsternation ruft unter anderem nach der Frage, ob die Ursachen von solchen Konflikten derzeit auch in der wissenschaftlichen Welt jene Aufmerksamkeit finden, die ihnen gebührt. Dieser Artikel soll deshalb darstellen, wie im Rahmen der Kriegsursachenforschung gewisse Ereignisse des vergangenen Jahres interpretiert werden können. Das geschieht, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, vorab aufgrund der amerikanischen Literatur. Sie ist den europäischen Erzeugnissen an Rigorosität und Originalität immer noch weit überlegen.

Das Versagen der erweiterten Abschreckung

Zum Krieg am Golf ist es unter anderem deshalb gekommen, weil die irakische Führung das Beistandsversprechen der USA gegenüber Kuwait nicht ernst nahm. Allem Anschein nach glaubte *Saddam Hussein* nicht, dass die Amerikaner dieser Verpflichtung nachkämen. Somit versagte in diesem Fall das System der erweiterten Abschreckung, mit dem sich ein Staat gegenüber einem anderen Land zur Abhaltung potentieller Angreifer verpflichtet. Ein Blick in die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt sofort, dass dieser Fehlschlag nicht einzigartig ist. Für die Periode zwischen 1885 und 1984 klassifizierte *Paul K. Huth* 24 von 58 Fällen als Misserfolge¹. Darunter ist etwa der Krieg zwischen der Volksrepublik China und Vietnam zu zählen, das die Sowjetunion eigentlich vor dem nördlichen Aggressor hätte beschützen sollen. Erweiterte Abschreckung ist nach den Erkenntnissen von Huth eher dann erfolgreich, wenn die militärischen Kräfte zwischen dem po-

tentiellen Angreifer und der schützenden Macht sowie dessen Protégé ausgeglichen sind. Dazu sollten in der Vergangenheit ähnliche Bemühungen des Verteidigers von Erfolg gekrönt gewesen sein. Aber auch eine standhafte, vom Gedanken der Reziprozität durchdrungene Krisendiplomatie schreckt tendenziell ab, im Gegensatz zu anpassendem oder aggressivem Verhandlungsstil.

Huths Erkenntnisse befinden sich in Einklang mit anderen quantitativen Studien, in denen die mögliche Eskalation von zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen zu Kriegen untersucht wird. Die Analyse einer beeindruckenden, allerdings noch nicht abgeschlossenen Datenbank zeigt, dass nur ein relativ geringer Prozentsatz von solchen Zwischenfällen in Kriege mündet. Zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen nach den provisorischen Angaben von *Charles S. Gochman* und *Zeev Maoz* über 60 Prozent aller Konflikte, in denen Waffengewalt angedroht wird. Weniger als 10 Prozent aller Fälle schaukeln sich hingegen zu Kriegen hoch². Dabei ist nach der mittlerweile gängigen Definition von einem Krieg die Rede, wenn mehr als 1000 Gefallene gezählt werden.

Bedrohlich wirkt an dieser Statistik besonders, dass in über 70 Prozent aller 960 kodierten Zwischenfälle die Initiative von nur 30 Ländern ausging. Diese ungleiche Verteilung röhrt vor allem daher, dass gewisse Staatenpaare eher zu Gewaltausbrüchen neigen als andere. In diesem Zusammenhang ist an die einstige Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland zu erinnern. Sehr labil sind immer noch die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland, und ob zwischen Kroatien und Serbien für Jahrzehnte eine Feindschaft bestehen bleibt, wird erst die Zukunft weisen.

Insgesamt ist noch immer jährlich mit über 30 organisierten Konflikten zu rechnen, die über ihre ganze Dauer hinweg gesehen mehr als 1000 Todesopfer fordern. Nach den Angaben des SIPRI³ waren allein in Asien im Zeitraum von 1986 bis 1990 vierzehn solcher Konflikte zu verzeichnen, sogar wenn sieben Auseinandersetzungen im Nahen Osten von dieser Kalkulation ausgeschlossen sind. Auf Europa entfielen zwei Fälle, nämlich der mittlerweile wieder aufgeflakerte Bürgerkrieg in Nordirland und die Revolution in Rumänien. Verschiedenste Statistiken bestätigen, dass Krieg vor allem auch zu einer Geissel der Dritten Welt geworden ist. Zwischen 1945 und 1989 wurden in Entwicklungsländern 29 militärische Auseinandersetzungen zwischen Staaten ausgefochten; in der kommunistischen Welt waren fünf und im OECD-Raum kein einziger internationaler Konflikt zu verzeichnen.

Das wachsende Potential für ethnische Konflikte

In den letzten Jahren haben sich zudem die Grenzen zwischen verschiedenen Kriegsformen verwischt. Bürgerkriege sind oft von zwischenstaatlichen Kriegen überlagert. Im Zeitalter der Ost-West-Konfrontation liessen die Supermächte noch eigentliche «Stellvertreterkriege» ausfechten. Während aber diese Art der Konfliktführung, zumindest für absehbare Zeit, der Vergangenheit angehört, bestimmen ethnisch motivierte Auseinandersetzungen heute überall die Agenda der Krisendiplomatie. *Ted Robert Gurr*⁴ hat Daten zum entsprechenden Potential gesammelt. Da weltweit 575 ethnische Gruppen tatsächliche oder mögliche Nationen darstellen, kann Gurr auf separatistische

Tendenzen in einer Vielzahl von Ländern hinweisen. Darunter sind 261 Gruppen zu finden, bei denen ihre Rechte als Minderheiten gefährdet sind.

Die Migrationsprobleme haben verdeutlicht, dass solche Angaben auch in der alltäglichen Politik von Belang sein sollten. Die entsprechenden Daten finden jedoch bis jetzt in der Politik kaum Verwendung. Das hängt einmal damit zusammen, dass Regierungen einzelne Probleme lösen wollen und sich leider oft nur wenig um allgemeine Trends scheren.

Hinwendung zu mathematischen Modellen

Die bis anhin geringe Relevanz der Kriegsursachenforschung ist aber auch darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde der Konfliktwissenschaftler kaum mit einer Stimme spricht. Wie in anderen Forschungszweigen ist das zwar durchaus erwünscht. Doch ein allzu grosser Dissens scheint dem wissenschaftlichen Fortschritt abträglich zu sein, einmal ganz abgesehen vom öffentlichen Image, das bereits unter den Auftritten ideologisierender «Politikwissenschaftler» leidet.

In den letzten Jahren sind sich vor allem zwei Schulen der systematischen Kriegsursachenforschung in den Haaren gelegen. Auf der einen Seite ist die traditionell quantitative Richtung zu finden, die sich wissenschaftstheoretisch einem mehr soziologischen Ansatz verpflichtet fühlt. Andererseits haben in den letzten Jahren wie überall sonst in der Politikwissenschaft mikroökonomische Konzepte Auftrieb bekommen. Im Brennpunkt dieser Untersuchungen stehen die Entscheidungen, die zu Kriegen führen. Methodisch gesehen ist dieser

Ansatz deduktiv und mathematisch orientiert, was natürlich seiner Verbreitung in ausserwissenschaftlichen Kreisen nicht gerade förderlich ist.

Aber dennoch gibt es im Rahmen dieser ehrgeizigen und anspruchsvollen Projekte Resultate, die bedenkenswert sind. *Bruce Bueno de Mesquita*, der wichtigste Vertreter dieses Ansatzes, kann zusammen mit *David Lalman*⁵ auf überzeugende Weise zeigen, dass der von der realpolitischen Schule (*Niebur, Morgenthau, Kissinger*) vertretene Ansatz an inneren Widersprüchen leidet und wenig empirische Substanz aufweist. Nach Bueno de Mesquita und Lalman beeinflussen innenpolitische Hürden zwangsläufig das Kalkül einer Regierung, wenn sie sich bedroht fühlt oder einen militärischen Angriff erwägt. Allgemein nimmt die Konfliktwahrscheinlichkeit zu, wenn für eine Seite ein Krieg als lohnend erscheint. Hingegen ist ein Machtgleichgewicht nicht mit einer geringeren Häufigkeit von Kriegen verbunden, wie es sich die Theoretiker der Realpolitik erhofften.

Doch all die Resultate machen die soziologische Schule natürlich nicht überflüssig. Kein Vertreter des entscheidungstheoretischen Ansatzes zweifelt daran, dass auch strukturelle Faktoren zu Konflikten beitragen. Hier ist nur an die derzeit überaus aktuelle Frage zu erinnern, wie weit etwa ein bipolares Staatensystem im Gegensatz zu einem multipolaren Machtgefüge die Entstehung von Kriegen fördert. Die empirischen Befunde zu diesem Problemkreis sind bis jetzt allerdings widersprüchlich ausgefallen: In einer Welt, die in zwei oder vier Machtblöcke aufgeteilt ist, sind zwischenstaatliche Konflikte aber häufiger als in einem System mit drei Polen.

Der zwiespältige Einfluss der Öffentlichkeit

In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Resultat anzuführen, das Beachtung verdient. Verschiedenste Untersuchungen haben bestätigt, dass Demokratien sehr selten Demokratien bekriegen. Die Friedfertigkeit dieser Regierungsform ist allerdings nur relativ, da Demokratien durchaus gegen autoritäre Regime Feldzüge organisieren. In den entwickelten Industrieländern besteht zudem für die öffentliche Meinung immer noch die Gefahr von abruptem Stimmungswandel. *Bruce Russett* zeigt das in seiner neusten Buchveröffentlichung vor allem für das Beispiel der Vereinigten Staaten⁶. Auch wenn in allen entwickelten Staaten die Zustimmung zur offiziellen Sicherheitspolitik schwankt, lässt sich die breite Bevölkerung oft kurzfristig für einen aussenpolitischen Konfrontationskurs gewinnen. Studien belegen, dass für Regierungen diese Politik gerade dann verlockend ist, wenn wirtschaftliche Probleme bestehen. Für die Regierung *Thatcher* zahlte sich der Falkland-Bonus an der Wahlurne aus, und *George Bush* wird im nächsten Herbst vermutlich bei allen wirtschaftlichen Problemen der USA noch von einem Popularitätsgewinn profitieren können, den ihm der Sieg der alliierten Streitkräfte gegen den Irak einbrachte.

Das Scheitern der kritischen Friedensforschung

Die Vielfalt all dieser Resultate aus der amerikanischen Forschungswelt steht in eigenartigem Kontrast zum relativ dünnen Fluss an substantiellen Publikationen in Europa. Dem war nicht immer so. Im Nachklang zur 68er-Bewe-

gung entwickelte sich in unseren Breitengraden eine eigene Spielart der Friedensforschung. Dieser vor allem von bundesdeutschen und skandinavischen Wissenschaftlern geprägte Ansatz trat dabei mit dem Selbstlob an, «kritisch» zu sein. Analytisch gesehen ging es der «kritischen Friedensforschung» besonders um eine Ausweitung des Begriffs Krieg – bis hin zur Unterscheidung zwischen «positivem» und «negativem» Frieden. Doch mittlerweile scheint der wissenschaftliche Reiz solcher griffiger Formulierungen verflogen, gerade deshalb wohl, weil sie unlösbare Definitionsprobleme schufen und sich auch leicht zu polarisierenden Schlagwörtern verkürzen liessen.

Das hauptsächliche Erbe der kritischen Friedensforschung besteht vielleicht im Postulat, dass bei allem Streben nach Objektivität die ethischen Aspekte nicht aus den Augen geraten sollen. Andererseits konnten sich im Korsett dieser Forschungsrichtung die internationalen Standards der Wissenschaftlichkeit nur langsam durchsetzen. Mittlerweile wenden sich im deutschsprachigen Europa allerdings wieder vermehrt Forscher der systematischen Suche nach Kriegsursachen zu⁷.

Unabhängige Forschung als erste Voraussetzung

Der Sonderfall der «kritischen Friedensforschung» ist nicht allein dafür verantwortlich, dass in unseren Breitengraden nur vereinzelt professionelle Konfliktforschung betrieben wird. Ein weiterer wesentlicher Grund besteht in der kleinen Zahl der Forscher. Ferner beansprucht die öffentliche und vor allem auch die veröffentlichte Meinung diese

wenigen Wissenschaftler teilweise so sehr, dass kaum mehr Ressourcen für eigenständige Forschungsarbeiten bestehen. Aber gerade in dieser Hinsicht muss sich die Konfliktforschung selber an der Nase nehmen. Sie darf nicht dort Kompetenz vortäuschen, wo sie nicht viel mehr als «*common sense*» zu bieten hat. Gerade die Berichterstattung über den Golfkrieg machte deutlich, dass der gewandte und phantasiereiche «*Expert*» oft nicht mehr zu sagen hat, als das gutinformierte Publikum bereits weiss. Ohnehin muss eine starke Medienpräsenz nicht unbedingt mit der Anerkennung übereinstimmen, die ein Forscher in der internationalen wissenschaftlichen Diskussion findet.

Auf der persönlichen Ebene ist distanziertes Engagement zwar der wohl einzige Garant für eine wirklich «kritische» und «konstruktive» Konfliktforschung. Weder die von Friedensgruppen gebotene Nestwärme noch die von Militärkreisen gepflegte Kameraderie ist dieser Haltung aber förderlich. Institutionell gesehen ist das Rezept, wie professionelle Forschung wirklich entstehen kann, einigermassen einfach. Wie in allen anderen Wissenschaftszweigen besteht es darin, dass die verantwortlichen Gremien den Forschern in Unabhängigkeit in der Auswahl ihrer Themen zubilligen. Deshalb ist es durchaus nicht erstaunlich, dass mit politisch motivierten Forschungsprogrammen und Kongressen etwa der Grundkonsens gestiftet werden soll, der in der Schweiz in Armeefragen längst nicht mehr besteht.

Ganz generell sollen Wissenschaftler also durchaus in die Diskussion zu einem aktuellen Konflikt eingreifen, warnen und Lösungskonzepte anbieten. Doch sie tun dies am besten, wenn sie vorher die Kärrnerarbeit eigenständi-

gen Forschens auf seriöse Weise erledigt haben.

Gerald Schneider

¹ Paul K. Huth (1988): Extended Deterrence and the Prevention of War. New Haven and London: Yale University Press. –² Charles S. Gochman and Zeev Maoz. Militarized Interstate Disputes, 1916–1976. In: J. David Singer und Paul F. Diehl (Hrsg.): Measuring the Correlates of War. Ann Arbor: The University of Michigan Press 1990. –³ Stockholm International Peace Research Institute (1990): World Armament and Disarmament. Oxford University Press, S. 393–419. Die Angaben beziehen sich auf Vorarbeiten zur nächsten Ausgabe. –⁴ Gurr, Ted Robert and

James R. Scarritt (1989): Minorities rights at risk: a global survey. Humans Right Quarterly 11:375–405. Ein Buch unter dem Titel «Minorities at Risk: Dynamics and Outcomes of Ethnopolitical Conflict in the Contemporary World» ist in Vorbereitung. –⁵ Bruce Bueno de Mesquita und David Lalman. War and Reason: A Confrontation between Domestic and International Imperatives. Yale University Press (im Erscheinen). –⁶ Bruce M. Russett (1990): Controlling the Sword. The Democratic Governance of National Security. Cambridge, Mass.: Harvard University Press. –⁷ In diesem Zusammenhang ist etwa Frank R. Pfetsch, Internationale und nationale Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, Politische Vierteljahrsschrift 32 (1991): 258–285 zu nennen.

Der Balkan – eine Region des Konflikts

Es wird oft übersehen, dass das Byzantinische Reich (395–1453) über elfeinhalb Jahrhunderte Europa vor Asien abgeschirmt hat. Asiatische Völker, die nach Westen wanderten, wurden von Byzanz besiegt, unterworfen, christianisiert, zur Sesshaftigkeit gezwungen und assimiliert. Wie in allen mittelalterlichen Reichen spielte auch in Byzanz die Frage der Nationalität kaum eine Rolle. Wer in Byzanz orthodoxer Christ war und Griechisch sprach, galt als «guter» Byzantiner mit Anspruch auf alle Ämter, bis hin zum kaiserlichen Thron.

Als erstes Nomadenvolk tauchten die Urbulgaren 480 n.Chr. am Nordufer der Donau auf und unternahmen gelegentliche Raubzüge über den Fluss auf byzantinisches Gebiet. Im 6. Jahrhundert gesellten sich zu ihnen die aus dem Norden kommenden Awaren und Slawen, die rasch bis an die dalmatinische Küste gelangten und byzantinische

Festungen eroberten. Zu Beginn des 7. Jahrhunderts überfluteten Awaren, Anten, Slawen, Langobarden, Gepiden und Bulgaren zunächst die Nordprovinzen des Reiches. Slawische Stämme erreichten die Südspitze des Peloponnes. Griechen und Römer flüchteten in die Küstengebiete und in Festungen. Die im Norden, im flachen Land zwischen Ämosgebirge und Donau, alteingesessene griechische, gräzisierte oder – im Westen – romanisierte Bevölkerung (Griechen, Römer, Darier, Skythen, Goten), wurde unterworfen und erlitt gebietsweise einen schweren kulturellen Rückfall.

Die Slawennot konnte Konstantinopel erst zu Beginn des 9. Jahrhunderts bewältigen, jedoch nicht ohne Folgen für die völkische Zusammensetzung des Reiches. Da die slawische Einwanderung in mehreren Wellen erfolgte, konnten die verschiedenen Stämme ansässig

gemacht und christianisiert werden, womit sie mit der Zeit eine neue kulturelle Identität erhielten. Diese Stämme traten dann an der Seite der Byzantiner in Abwehr gegen die neueinströmenden «Volksgenossen», sei es um Heim und Weib vor ihnen zu verteidigen, sei es als Söldner (Federati) von Byzanz und anderen westeuropäischen Reichen. Die einzelnen slawischen Stämme, wie Mährer, Tschechen, Karantanier (Slowenen), Serben, Kroaten, Dudleben, Obo-driten, Dregowitschen u. a. haben hier ihren Ursprung. Im 9. Jahrhundert wurde der nordwestliche Teil von Byzanz mehrheitlich von diesen Stämmen bewohnt. Die Griechen, als Reichsvolk, waren, je mehr man sich von der Nordküste der Ägäis und Dalmatiens entfernte, nur noch in grösseren Städten in geschlossenen Siedlungen anzutreffen. Ähnliches geschah im Gebiet zwischen dem Ämosgebirge und der Donau. Hier war die Bevölkerung des flachen Landes fest in der Hand der bulgarischen Bauern. Die Griechen hielten sich, ausserhalb des heutigen Griechenland, fast nur noch in grösseren Städten (z. B. Philippopolis, heute Plowtiv), vor allem aber in den Küstenfestungen am Schwarzen Meer. Auch wenn Serben und Bulgaren sich wiederholt gegen Konstantinopel auflehnten, eigene Reiche gründeten und gegen Byzanz antraten, blieb die kulturelle Einheit des Byzantinischen Reiches erhalten, zumal solche Staatsgründungen meistens kurzlebige Erscheinungen waren.

Fluch der Vielfalt

Ein Nationalbewusstsein hat das Byzantinische Reich nicht entwickelt. Dennoch war das Gefühl der religiösen Zugehörigkeit und der kulturellen Überle-

genheit sehr stark. Sie wurden gestärkt durch die ständigen Angriffe der Perser, später vor allem auch der Araber und der Türken unter dem grünen Banner des Propheten. Seit dem 9. Jahrhundert fand daher innerhalb der Grenzen von Byzanz eine Völkervermischung statt, die nach der Eroberung des Balkans durch die Türken (1453 Fall von Konstantinopel) noch grösser wurde, denn danach gab es auf dem Balkan nur noch «ungläubige» Christen, die zu Rajas degradiert wurden, und gläubige Moslems.

Auch innerhalb des Osmanischen Reiches entstanden zunächst keine nationalen Konflikte zwischen den unterjochten Völkern. Die christliche Gemeinschaft und das Gefühl des gemeinsamen Schicksals, die Diskriminierung durch den Islam und die gemeinsame Tradition waren die bindenden Elemente der christlichen Völker.

Wichtigstes Indiz der Nationalität war die Sprache. Reichssprache war Türkisch. In den Handelsstädten wurde vornehmlich Griechisch gesprochen, im Hinterland wechselte die Sprache oft von Dorf zu Dorf, wobei die Doppelsprachigkeit der Menschen eher die Regel als die Ausnahme war. Lediglich den Griechen kam eine Sonderstellung zu wegen des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel und ihrer beherrschenden Rolle im Handel des Osmanischen Reiches.

Importierter Nationalismus

Die Französische Revolution und der Neoklassizismus haben Wesentliches zur Bildung eines modernen Nationalbewusstseins der Balkanvölker beigetragen. Die politischen Voraussetzungen zum Einzug des Nationalismus auf dem Balkan waren jedoch die Schwä-

chung des Osmanischen Reiches, der Drang Russlands zum Mittelmeer und die Entschlossenheit Grossbritanniens und Frankreichs, eben diesen zu verhindern. Dadurch wurde der für Jahrhunderte in Vergessenheit geratene Balkan rasch zu einem europäischen Spannungsgebiet, in dem jede Grossmacht unter den unterjochten Völkern eigene Verbündete suchte. Mit diesem Ziel wurde an europäischen Universitäten die Geschichte der Balkanvölker ausgegraben, neu interpretiert und zunächst in den Koffern europäischer Diplomaten dorthin gebracht. Sie fanden bereitwillige Zuhörer, denn kein Balkanvolk hatte sich mit der osmanischen Herrschaft abgefunden. Folgerichtig gab es ab sofort anglophile, frankophile, russophile und germanophile Nationalismen. Bezeichnenderweise gründeten die aufständischen Griechen (1821) gleich drei «Parteien», die «Russische», die «Englische» und die «Französische», die sich lediglich nach der Hoffnung auf den jeweiligen Unterstützungsbeitrag zur Befreiung Griechenlands unterschieden. Unter solchen Umständen wurden die Balkanstaaten in ihrer heutigen Form (Serbien, Bulgarien und Rumänien) 1878 gegründet und spiegelten ab sofort den europäischen Mikrokosmos wieder: Griechenland war «britisch» und «französisch», Serbien und Montenegro ebenso, Bulgarien «russisch», Rumänien «französisch», mit Seitenblicken auf das Deutsche Reich, Kroaten und Slowenen waren noch Untertanen Österreich-Ungarns, und die Bewohner des heutigen Albanien, noch unter türkischer Herrschaft, waren lediglich Moslems, Orthodoxe oder Katholiken.

Doch die Grenzen der neuen Balkanstaaten umfassten lediglich die Kerngebiete der verschiedenen Völker. Sie nahmen keine Rücksicht auf grosse

Minderheiten, die nicht nur aus den heute allgemein bekannten Balkanvölkern bestanden, sondern auch aus vergessenen Völkerschaften, die noch heute existieren, über die jedoch kaum jemand spricht. Als Beispiel seien hier die Pomaken genannt, ein Volk mit eigener Sprache und muslimischen Glaubens, das heute an den östlichen Hängen des Ämosgebirges, in Bulgarien und Griechenland lebt.

Eigenstaatlichkeit als Stückwerk

Jeder Balkanstaat konnte mit Recht über die eigene Grenze hinaus auf ganze Landstriche der Nachbarn hinweisen, die gänzlich oder zum Teil von Landsleuten bewohnt waren. Aus diesem Grund empfanden die Balkanvölker die endlich verlangte Eigenstaatlichkeit als Stückwerk. Zwangsbefreiungen, Zwangsvertreibungen, Zwangsassimilierungen, Genozide, bittere Feindschaften unter den Balkanvölkern waren die Folge. Das ist der Fluch der völkischen Vielfalt auf dem Balkan, der Zündstoff, mit dem das «Pulverfass» Europas gefüllt war und der mehrmals zu Explosionen, d. h. zu Kriegen unter den Balkanvölkern geführt hat.

Jugoslawien als Krisenherd

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Streitigkeiten zwischen Balkanvölkern durch den Ost-West-Konflikt verdrängt, jedoch nicht gänzlich überwunden.

Tito erfand eine «*makedonische Nation slawischer Herkunft*» und gründete dafür eine föderative Republik in Südserbien, in der Hoffnung, dadurch einen

alten serbischen Traum zu realisieren – den Zugang zur Ägäis bei Thessaloniki. Zu diesem Zweck sollte ein Grossmakedonien als Teil der jugoslawischen Föderation entstehen, das sich eben das jugoslawische, das griechische und das bulgarische Makedonien einverleiben sollte. Die Niederlage der Kommunisten in Griechenland 1949 und die Abschüttelung der sowjetischen Vormundschaft über Jugoslawien machten diesen Plänen vorerst ein Ende. Doch blieb die sogenannte «*makedonische Frage*» unterschwellig ein Streitpunkt zwischen Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland. Beide lehnten mit Entschiedenheit die Existenz einer eigenständigen «makedonischen» Nation ab; die Bulgaren weil die als «Makedonen» getauften Bewohner der jugoslawischen Republik Makedonien mehrheitlich bulgarischer Abstammung sind, die Griechen weil sie die Usurpierung des Namens Makedonien durch die Slawen nicht hinnehmen wollen.

Die fortschreitende Unfähigkeit des kommunistischen Systems, die materiellen Bedürfnisse seiner Untertanen zu befriedigen, und die fehlende soziale Differenzierung ausserhalb der Parteienomenklatura hatten zur Folge, dass die nationalen Gegensätze innerhalb der kommunistischen Balkanstaaten immer schärfere Formen annahmen. Schon anfangs der siebziger Jahre war von Unruhen im mehrheitlich von Albanern bewohnten jugoslawischen Amsfeld (Kosovo) die Rede. Der Ost-West-Konflikt, die Neigung des Westens, Tito zu schonen und nicht zuletzt der damals noch intakte repressive Apparat des kommunistischen Systems haben dazu beigetragen, dass diese Unruhen weltweit mehr oder weniger unbemerkt blieben. Ähnliches geschah in Rumänien mit der dortigen ungarischen und deut-

schen Minderheit und auch in Bulgarien mit seinen Moslems.

Ende der serbischen Bevormundung?

Die Unruhen auf dem Amsfeld brachen aber anfangs der achtziger Jahre in aller Heftigkeit wieder aus. Die Albaner protestierten mit allen Mitteln gegen die serbische Bevormundung und die Rückständigkeit, in der Belgrad sie bewusst gehalten hat. Zum nationalen Erwachen der Albaner auf dem Amsfeld trugen aber die Regierungen in Belgrad und Skopje (Hauptstadt der Republik Makedonien) selbst bei. Dort betrieb man seit dem Zweiten Weltkrieg mit allen Mitteln – über Presse, Rundfunk und Fernsehen – eine nationalistische Propaganda mit dem Ziel, der bulgarischen, albanischen und griechischen Bevölkerung dieses Gebietes ein «*makedonisches Nationalbewusstsein*» zu vermitteln. Die benachbarten Albaner des Amsfeldes hörten, lasen und sahen die nationalistische Propaganda Skopjes, die wie Zündstoff für den eigenen Nationalismus wirkte.

Die Situation im Süden Jugoslawiens und die immer schlimmere Formen annehmende Wirtschaftskrise haben die zentrifugalen Kräfte im Norden, vor allem in Slowenien, aber auch in Kroatien, gestärkt. Den Slowenen und Kroaten kam ihre Vergangenheit immer stärker in Erinnerung, ihre Zugehörigkeit zur k.u.k.-Monarchie, ihr Bewusstsein, dass sie eher dem prosperierenden Zentral-europa als dem Balkan zugehören. Allen Versuchen und Drohungen der nationalistisch orientierten Zentrale in Belgrad unter Parteichef Slobodan Milošević zum Trotz, entschieden sich die Slowenen und Kroaten gegen den Verbleib in der jugoslawischen Föderation

und zögerten nicht, diesen Wunsch mit Waffengewalt durchzusetzen. Trotz des serbischen Widerstandes ist die föderative Republik Jugoslawien in ihrer bisherigen Form erledigt. Die galoppierende Inflation, die horrende Auslandsverschuldung, die hohe Arbeitslosigkeit und die chronischen Versorgungsmängel der Bevölkerung setzen der Effektivität der Zentralgewalt in Belgrad unüberwindliche Grenzen. Die bange Frage ist freilich: was kommt danach? Man denkt heute ein wenig oberflächlich an Serben, Kroaten, Slowenen und Albaner, wenn vom Vielvölkerstaat Jugoslawien die Rede ist. Aber niemand kann voraussehen, welche Völker im bisherigen Jugoslawien und auf dem Balkan noch aufstehen und Autonomie verlangen werden. Immerhin ist heute bereits von der moslemischen «Nation» Bosniens die Rede, obwohl die dort lebenden Muslime (etwa 40 Prozent der Bevölkerung) Serben und Kroaten sind. Ein mahnendes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die jugoslawische Republik Makedonien. Sie übernahm eine geographische Bezeichnung, auf der eine «Nation» ohne Wurzeln und Volk aufgebaut wurde, denn ihre Bewohner sind Bulgaren, Albaner und Serben. In Rumänien, Bulgarien und Albanien ist die Lage nicht anders. Selbst in Griechenland gibt es bereits Probleme mit der moslemischen Minderheit in Westthrakien, die etwa 120 000 Menschen umfasst.

Grosse Bedeutung von Religion und Sprache

Eine politische Zertrümmerung des Balkans kann aber langfristig niemandem nützen, denn sie würde nicht zur Beilegung, sondern zur Potenzierung

der national-religiösen Streitigkeiten führen, und zwar aus zwei Gründen: Einmal ist der moderne Nationalismus der Balkanvölker wohl westeuropäischer Provenienz, jedoch nicht ausschliesslich. «Blut und Boden» spielt dabei kaum eine Rolle. Die religiöse Zugehörigkeit und die Sprache sind die stärksten Elemente des Nationalismus auf dem Balkan. Zwischen Orthodoxen, Katholiken und Muslimen gibt es starke Differenzen, die nur innerhalb von grösseren Staatsverbänden mit gesicherten Freiheiten und mit Minderheitenschutz überwunden werden können. Die zusammengeschlossenen katholischen und orthodoxen Kirchen in Jugoslawien sind heute ein beredtes Zeugnis dafür, wohin der religiöse Hass führen kann. Aus der Verwandlung des Balkans in ein Leopardenfell, dessen «Flecken» aus Zwerghäusern mit nationaler oder religiöser oder gar erdachter Identität (jugoslawisch Makedonien) bestehen werden, wird eine Krisenregion von bisher unbekanntem Ausmass entstehen. Dies gilt um so mehr, als Frankreich, Grossbritannien, Italien und Deutschland hinter den Kulissen der Politik der Europäischen Gemeinschaft die eigenen nationalen Interessen verfolgen. Frankreich und Grossbritannien halten tendenziell zu Serbien, Deutschland will offenbar eine Sonderposition in Slowenien und Kroatien erreichen, Italien denkt an Wirtschaftszonen von der Adria bis nach Ungarn und hat bereits Streitkräfte nach Albanien entsandt. Rom begrüßt die Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens, um seinen Einfluss auszudehnen. Würden auf dem Balkan noch mehr Staaten als bisher entstehen, entstünden noch viel mehr Möglichkeiten zu Interventionen aller Art und jedweder Herkunft, mit heute noch unabsehbaren

Folgen für die Balkanvölker und für Europa selbst.

Die Moslems auf dem Balkan und die Türkei

Auf dem Balkan, ausserhalb der Türkei, leben heute etwa sechs Millionen Muslime: Fast zwei Millionen in Albanien, drei Millionen in Jugoslawien, wo von 1,75 Millionen Albaner sind (Amselfeld), rund 800 000 in Bulgarien und 120 000 in Griechenland. Es würde den Rahmen dieses Kommentars sprengen, wenn hier die Herkunft dieser Muslime genauer analysiert würde. Soviel soll genügen: Dem Islam ist der Begriff der Nation fremd. Er unterscheidet lediglich zwischen gläubigen Moslems, ungläubigen Christen und Juden (als Empfänger einer, aus moslemischer Sicht, «überholten» und «missverstandenen» schriftlichen Botschaft Gottes, d. h. der Bibel und der Thora) und Heiden.

Während der Türkenherrschaft auf dem Balkan waren die «ungläubigen» Christen steuerlich benachteiligt und der Willkür der türkischen Verwaltung und auch der örtlichen Potentaten (Paschas, Beys) ausgesetzt. Viele Christen, Albaner, Slawen, Bulgaren und auch Griechen suchten ihre Rettung im Übertritt zum Islam und wurden vollends vom Osmanischen Reich assimiliert. Als die Türken sich im Ersten Weltkrieg aus dem Balkan bis auf den schmalen ostthrakischen Landstrich zurückzogen, blieben die Moslems. Unter Kemal Ataturk und seiner laizistischen Revolution verliess jedoch die Türkei die islamische Gemeinschaft und wurde zu einem Nationalstaat nach europäischem Vorbild. Dieses «Sakrileg» hat die islamische Welt Ataturk und den Türken niemals verziehen. Folgerichtig war das Verhäl-

nis zwischen den Moslems auf dem Balkan und der modernen Türkei zunächst eher feindlich. Erst unter Ismet Inönü, dem Nachfolger Atatürks (gest. 1938), und der Lockerung der religiösen Repressionen in der Türkei, begann sich dieses Verhältnis wieder zu normalisieren. Unter Adnan Menderes und seiner Demokratischen Partei, die zwischen 1950 und 1960 die Re-Islamisierung der Türkei einleiteten, wurde sie wieder zum «Mutterland» der Muslime auf dem Balkan. Unter ihnen gibt es zweifellos auch echte Türken. Ebenso klar ist aber, dass ein Teil von ihnen nicht türkischer, sondern albanischer, slawischer, bulgarischer und griechischer Abstammung ist. Die meisten Moslems auf dem Balkan – nicht alle, wie z. B. Albaner und Bosnier – bekennen sich daher zum türkischen Volkstum, auch wenn dies nicht den Tatsachen entspricht. Bezeichnenderweise ist in allen Verträgen, welche die Türkei vor und nach dem Ersten Weltkrieg mit den Balkanstaaten geschlossen hat – wenn darin Minderheitsfragen behandelt wurden – stets die Rede von Moslems, nicht von Türken, die es bis zu Kemal Ataturk völkerrechtlich nicht gab; das Osmanische Reich verstand sich eben nicht als Nationalstaat. Jugoslawien und Bulgarien haben nach dem Zweiten Weltkrieg erhebliche Anstrengungen unternommen, den moslemischen Teil ihrer Bevölkerung besser als vorher ins Staatsleben einzugliedern. Tito kam im Rahmen der antireligiösen Politik seines Regimes den jugoslawischen Moslems entgegen, erlaubte ihnen die freie religiöse Betätigung und stellte sogar Mittel zum Bau von neuen Moscheen zur Verfügung. Damit warb Tito zugleich um die islamischen Staaten der Dritten Welt, als deren Anführer er sich empfahl. In Bulgarien hat das kommunistische Regime versucht, eine sä-

kularisierte moslemische Elite heranzuziehen, die als Multiplikator der kommunistischen Ideologie unter der moslemischen Minderheit dienen sollte. Beide Versuche führten jedoch zu einer Stärkung der Bindungen der Moslems an die Türkei und hatten die fortschreitende Türkisierung dieser Minderheiten zur Folge, die in einem nicht abreissenden Strom von Aussiedlern aus Jugoslawien und Bulgarien in die Türkei zum Ausdruck kommt. Der Versuch des Regimes Schiwkow, die bulgarischen Muslime gewaltsam zu «bulgarisieren», führte im Sommer 1988 zu einem Massenexodus von Moslems in die Türkei, entsprechenden Einladungen der türkischen politischen Führung folgend.

Die Türkei will EG-Mitglied werden. Dieser türkische Wunsch stösst aber auf die Abneigung vieler EG-Regierungen. Auch unter den EG-Bürgern ist die Meinung weit verbreitet, die Türkei dürfe nicht EG-Mitglied werden, weil sie nicht zum europäischen Kulturkreis gehöre. Eben dieses Argument versucht aber die Türkei in den letzten Jahren durch die türkischen Minderheiten auf dem Balkan zu entkräften. Indem sie sich ihrer Probleme annimmt, sich für die Erhaltung und Verbreitung der türkischen Sprache auf dem Balkan bemüht und auf vielen Wegen die Festigung der Beziehungen zwischen sich und den Minderheiten anstrebt, will die Türkei eine europäische Dimension ihrer nationalen Identität nachweisen. Ohne Erfolg sind diese Bemühungen nicht. Die bosnischen Muslime nehmen – zum erstenmal in ihrer Geschichte – Kontakt zu Ankara auf und suchen dort Schutz gegen die Serben. Der albanische Staatspräsident Ramiz Alia erklärte am 17. Oktober in Ankara, die Türkei sei das «zweite Mutterland» aller Albaner. Bei den Wahlen vom 13. Oktober in

Bulgarien errang die moslemische «*Bewegung für Rechte und Freiheiten*» (DPS) mit 6,9 Prozent der Stimmen 24 Mandate, auf welche sich die neue bulgarische Regierung der «*Union Demokratischer Kräfte*» (SDS) im Parlament stützt. Diese kulturpolitischen Einflüsse werden von einer wirtschaftlichen Durchdringung Bulgariens begleitet, die trotz der schwierigen Wirtschaftslage des Landes bereits zu erheblichen Widerständen gegen die neue Regierung seitens der Bulgaren führt. Ähnliches ist mit der jugoslawischen Republik Makedonien im Gange, dessen Bevölkerung aus etwa 30 Prozent Moslems besteht. Griechenland lehnt entschieden die Bezeichnung eines slawischen Staates «Makedonien» ab.

Rückfall ins Freund-Feind-Schema

Der Begriff «Makedonien» gehört zum griechischen Kulturerbe. Aus diesem Grund hat Athen, ziemlich kurz-sichtig, alle Bemühungen der slawischen Republik Makedonien, sich nach Griechenland hin zu öffnen, barsch abgeschlagen. Folgerichtig sucht Skopje – die Hauptstadt der Republik – Anlehnung an Ankara, die ihm bereitwillig gewährt wurde. Damit baut sich die Türkei eine neue Einflusssphäre im Kerngebiet des Balkan auf. Diese Entwicklung empfinden alle Balkanstaaten, einschliesslich Griechenland, in einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Krise steckend, kann sich dagegen nicht effektiv wehren, obwohl Bulgarien, Rumänien und Serbien sich an dieses Land anlehnen und vieles von ihm erwarten. So hat Athen die Rolle des Fürsprechers Serbiens und der jugoslawischen

Einheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft übernommen, was bereits sein Verhältnis zu den übrigen EG-Partnern belastet. Außerdem wurden im Oktober und im November 1991 zwischen Athen und Sofia und auch zwischen Griechenland und Rumänien zwei Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet. In beiden Verträgen werden Sicherheitsfragen berührt und von der Verpflichtung der jeweiligen Vertragspartner für den Fall gesprochen, in dem einer von ihnen von einem Dritten angegriffen wird. Seitdem haben sowohl der bulgarische als auch der rumänische Generalstab die Athener Kollegen bedrängt, gemeinsame Manöver abzuhalten. Athen wehrt verzweifelt ab, jedoch vor allem, weil es nicht weiß, aus welcher Richtung der erdachte «Feind» bei solchen Manövern kommen soll; «kommt» er von Osten, wird sich die Türkei widersetzen, «kä-

me» er von Westen, würde Serbien/Jugoslawien das Gleiche tun.

Trotz seiner Miseren und trotz des Hungers, der vor allem Rumänien bedroht, ist also der Balkan in die Freund-Feind-Denkategorien zurückgefallen, die vor dem Ersten Weltkrieg das Handeln seiner Staaten bestimmt haben. Einige Vorwürfe für diese Entwicklung können gegenüber allen Balkanstaaten zu Recht erhoben werden. Damit ist jedoch kein Problem gelöst. Eine Lösung des Sicherheitsproblems der Balkanstaaten kann nur aus der Europäischen Gemeinschaft *und* den Vereinigten Staaten kommen; andernfalls wird das Problem entweder «europäisch» oder «amerikanisch» gelöst werden. Ansätze entsprechender «Optionen» sind vorhanden. Damit hätten wir aber jene Interessenkollision zwischen der EG und den USA in Europa, die zu Recht Anlass ernsthafter Befürchtungen ist.

Gregor M. Manousakis

